OZ	Institution	Anregungen	Stellungnahme Planer
1	Regierungspräsidium Freiburg Abteilung Straßenwesen und Verkehr Bad Säckingen 12.04.2017	Unter Bezugnahme auf das Schreiben vom 14.09.2016 wird festgehalten, dass den Hinweisen mit dem vorliegenden Entwurf Rechnung getragen wurde (Überfahrverbot). Es wird um weitere Beteiligung gebeten.	Kenntnisnahme
2	Regierungspräsidium Freiburg Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau 19.04.2017	Unter Verweis auf die weiterhin gültige Stellungnahme vom 30.09.2016 (2511//16-08699) sind zum modifizierten Planvorhaben keine weiteren Hinweise oder Anregungen vorzubringen. Zur Planung sind aus bodenkundlicher Sicht keine Hinweise, Anregungen oder Bedenken vorzutragen. Es wird darauf hingewiesen, dass im Anhörungsverfahren des LGRB als Träger öffentlicher Belange keine fachtechnische Prüfung vorgelegter Gutachten oder von Auszügen daraus erfolgt.	Kenntnisnahme
3	Landratsamt Lörrach, Fachbereich Baurecht Koordination 19.04.2017	Ausgleichsleistungen und Agrarstruktur Keine weiteren Bedenken oder Anregungen. Ergänzend weisen wir darauf hin, dass an das Plangebiet künftig eine Ackerfläche unmittelbar angrenzt, von welcher sich trotz Einhaltung der guten fachlichen Praxis Emissionen in Form von Lärm, Staub und Geruch sowie die Abdrift von Pflanzenschutz- und Düngemittel nicht gänzlich verhindern lassen. Im Sinne der Konfliktvermeidung sollte dies von Seiten der Stadt Rheinfelden sowie des künftigen Anliegers unbedingt beachtet werden! Naturschutz Eingriffsregelung: Die Aufstellung der 4. Änderung des BP Degerfelden Süd	Kenntnisnahme Zwischen der landwirtschaftlichen Fläche und der gewerblich genutzten Fläche liegt gemäß Bebauungsplan ein 2,5 m breiter Feldweg. Außerdem grenzt an diesen Feldweg westlich ein 1,7 m breiter Pflanzstreifen.

OZ	Institution	Anregungen	Stellungnahme Planer
		<p>ist mit Eingriffen in den Naturhaushalt (Arten und Bio- otypen, Zerstörung Lebensraum), Boden (Versiege- lung), Veränderung des Wasserkreislaufes und des Landschaftsbilds verbunden, so dass gem. § 1 a BauGB die Erarbeitung der Eingriffsregelung notwendig ist. In dem vorliegenden Umweltbericht wurde der geplante Eingriff ausführlich in allen Punkten dargelegt, sowie Maßnahmen zur Kompensation vorgeschlagen. Zu dem Umweltbericht nehmen wir wie folgt Stellung: Bei der Überprüfung des Flurstücks 2878 wurde festge- stellt, dass diese Maßnahme schon umgesetzt wurde. Wann ist dies erfolgt und durch wen? Nach den von uns vorliegenden Informationen ist der Grundstückseigentü- mer die Bundesstraßenverwaltung. Wurde die Maßnah- me mit der Bundesstraßenverwaltung abgestimmt? Steht die Fläche überhaupt für eine Ausgleichsmaßnahme zur Verfügung? Zur Pflege der Grünlandfläche möchten wir noch darauf hinweisen, dass eine zweifache Mahd und eine Spätbe- weidung möglich wäre oder eine zweimalige extensive Beweidung (nur kurze Zeiten) nicht vor Mitte Mai und wieder Ende Juni / Anfang Juli (je nach Witterung und Aufwuchs) sowie eine Pflegemahd im September. Zur der Bilanzierung der Ökokontopunkte bitten wir noch mit aufzunehmen, wie die Ökopunkte pro Baum errech- net werden. Welcher Stammumfang wurde angesetzt und welche Ökopunkte? Wir weisen darauf hin, dass die plangebietsexternen Maßnahmen zu sichern sind. Dies kann beispielsweise durch einen öffentlich-rechtlichen Vertrag erfolgen.</p>	<p>Vor der Aufstellung der externen Ausgleichsmaßnahme auf Flst.- Nr. 2878, Gemarkung Degerfelden erfolgte sowohl mit der UNB als auch mit dem zuständigen Revierförster eine Abstimmung zur Realisierung und Anrechnungsfähigkeit der Maßnahme. Das Grundstück befindet sich in Privatbesitz des Eingriffsverursachers und steht für den Ausgleich zu Verfü- gung. Die Umsetzung der Ersatzmaßnahme wird über einen öffentlich- rechtlichen Vertrag gesichert.</p> <p>Die Hinweise zu den möglichen Pflegeoptionen der Grünland- fläche werden im Umweltbericht aufgenommen.</p> <p>Die Berechnung der Ökopunkte pro Baum erfolgt gemäß dem Gesetzesblatt Ökokonto- Verordnung ÖKVO von 2010.</p> <p>Die Umsetzung der externen Ersatzmaßnahmen wird über einen öffentlich- rechtlichen Vertrag gesichert.</p>

OZ	Institution	Anregungen	Stellungnahme Planer
		<p>Des Weiteren weisen wir darauf hin, dass die Gemeinden, gemäß § 18 Abs. 2 Naturschutzgesetz, die erforderlichen Angaben nach § 17 Abs. 6 Satz 2 BNatSchG (Angaben zur Aufnahme in das Kompensationsverzeichnis) übermitteln, wenn Flächen oder Maßnahmen zur Ausgleich im Sinne des § 1 a Abs. 3 BauGB in einem Bebauungsplan festgesetzt sind oder Maßnahmen auf von der Gemeinde bereitgestellten Flächen durchgeführt werden. Soweit diese Maßnahmen außerhalb des Eingriffsbebauungsplans liegen, sind diese in das Kompensationsverzeichnis auszunehmen.</p> <p>Hierfür steht den Gemeinden ein Zugang zu den bauplanungsrechtlichen Abteilungen der Webanwendung „Kompensationsverzeichnis & Ökokonto Baden-Württemberg“ unter http://www.lubw.bwl.de/servlet/is/71791/>> Zugang Kommune (Bauleitplanung) zur Verfügung. Über diese Webanwendung sind die externen Ausgleichsmaßnahmen in das bauleitplanerische Kompensationsverzeichnis aufzunehmen. Die Eintragung in das bauleitplanerische Kompensationsverzeichnis kann auch durch das hierzu von der Gemeinde beauftragte Planungsbüro erfolgen. Hierzu ist es möglich, dass ein Planungsbüro ebenfalls den Gemeinde-Zugang nutzt und sich unter http://ripsdienste.lubw.baden-wuerttemberg.de/rips/eingriffsregelung/apps/login.aspx?serviceID=33 für einen persönlichen Zugang für eine bestimmte Gemeinde registriert. Vor der Registrierung eines Planungsbüros bedarf es hierzu einer formlosen Zustimmung durch die Gemeinde zu dieser Registrierung per E-</p>	<p>Mit Satzungsbeschluss wird die Gemeinde die Aufnahme in das Kompensationsverzeichnis vornehmen.</p>

OZ	Institution	Anregungen	Stellungnahme Planer
4	IHK Hochrhein-Bodensee 12.04.2017	Keine Bedenken und Anregungen <u>Begründung</u> Die 4. Änderung des Bebauungsplanes schafft die planungsrechtlichen Grundlagen, um einen Gewerbebetrieb (Autohaus Winzer) erweitern zu können. Die Erweiterungsfläche ist im Flächennutzungsplan noch als Außenbereich dargestellt. Der Bebauungsplan sieht für das Planareal als Art der Nutzung ein Gewerbegebiet gemäß § 8 BauNVO vor. Entsprechend wird der Flächennutzungsplan im Parallelverfahren geändert. Den Unterlagen ist zu entnehmen, dass Belange der Umwelt umfassend beachtet werden. Die Erweiterungsfläche wird als Ausstellungsfläche (PKWs, Carports) benötigt. Wirtschaftlichen Belange werden positiv berührt.	Kenntnisnahme
5	bnNETZE Gas 24.03.2017	Die Belange der bnNETZTE GmbH, gemäß Stellungnahme vom 05.09.2016, wurden in der vorliegenden Fassung des Bebauungsplanes berücksichtigt. Weitere Bedenken und Anregungen liegen nicht vor.	Kenntnisnahme
6	ED Netze GmbH 30.03.2017	Keine Einwände Das Schreiben vom 1. September ist weiterhin gültig.	Kenntnisnahme
7	Regierungspräsidium Freiburg Abteilung Raumordnung, Baurecht, Denkmalschutz 21.04.2017	Aus raumordnerischer Sicht sind weder zur Bebauungsplanänderung noch zur Änderung des Flächennutzungsplans Bedenken oder Anregungen vorzutragen.	Kenntnisnahme